

GASTKOMMENTAR



Hans
Kronberger
Energieexperte
und ehemaliger
EU-Abgeordneter

Die volle Bedeutung gewisser Ereignisse kann man erst aus historischer Sicht bewerten. Dies gilt wohl auch für jenen Vorfall, der als erster großer „Gasstreit“ in die Geschichte eingehen wird. Doch die aktuellen Folgen sind bereits absehbar. Das Vertrauen in die fossile Versorgungssicherheit ist zu Recht nachhaltig beschädigt. Kein ernsthafter Energiepolitiker kann jemals mehr die Behauptung aufstellen, die Versorgung der EU mit fossilen Rohstoffen sei gewährleistet. Auch ohne

Eskapaden wie den letzten russischen Lieferstopp steht das europäische Gasversorgungssystem vor dem Kollaps. Die EU mit ihren 27 Mitgliedstaaten verbraucht derzeit 515 Milliarden Kubikmeter Gas pro Jahr. 265 Milliarden werden importiert, davon 121 aus Russland, 86 aus Norwegen und 48 aus Algerien. Nach vorsichtigen Berechnungen wird der Bedarf bis zum Jahr 2020 auf 650 Milliarden Kubikmeter steigen und die Eigenversorgung der EU von 250 auf 140 Mrd. m³ sinken. Das ergibt einen Importbedarf von 510 Mrd. m³.

Eine solche Menge ist dauerhaft weder erhältlich, noch transportierbar. Die Pipeline-Projekte von Northstream über Southstream bis Nabucco könnten nur einen Bruchteil aus Russland, Zentralasien

Brüsseler Kommissionszentrale am Nasenring vor und demonstriert, wie hilflos diese gegen politisches Rowdytum ist. Macht das Beispiel Schule und nutzt jedes Mitgliedsland jeden möglichen oder auch unmöglichen Anlass, um Verträge zu brechen, wird sich die EU schneller, als sie schauen kann, in Weicheier und Rebellen gespalten wiederfinden. Was unweigerlich auch der Anfang ihres Endes wäre. Reagiert die EU-Kommission nicht mit aller Härte auf den slowakischen Vorstoß, wird der Gasstreit enormen politischen

Kollateralschaden verursachen.

Spätestens nach der Wiedereröffnung der russischen Gasventile hat eine einzige Frage im Vordergrund zu stehen: Wie sieht eine langfristige Energieversorgung der EU aus, die krisensicher und stabil ist? Leider besteht größte Gefahr, dass sich sowohl die heimischen als auch die europäischen Politiker vor dieser Frage drücken und sie an ihre Nachfolger delegieren. Zwar hat der Gasstopp das Gefahrenszenario unübersehbar gemacht (wofür den Russen eigentlich zu danken ist); wenn aber die Politik jetzt nicht entsprechend reagiert, verspielt sie die Zukunft endgültig. Eine „Denkwende“ in der Energiepolitik ist die Forderung der Stunde, die so lange aufrecht erhalten werden muss, bis sie erfüllt ist. Enorm viel steht auf dem Spiel. Denn es ist klar geworden, dass Industrienationen ohne Vorsorge für eine dauerhafte Energiesicherung innerhalb kürzester Zeit auf den Status von Entwicklungsländern abrutschen könnten. Bereits der Weg dorthin wäre mit gigantischem sozialen Elend gepflastert.

Gaskrise: Anfang vom Ende?

und dem Iran herbeischaffen. Konsequenz durchdacht ergibt dies im „Idealfall“ eine Unterdeckung von 27 Prozent der Bedarfsmenge im Jahre 2020. Das käme, wie jedermann leicht nachrechnen kann, einem Lieferstopp von gut hundert Tagen gleich. Nur zur Erinnerung für alle diejenigen, die diesen Tag noch als weit weg verdrängen: Wir schreiben bereits das Jahr 2009! Kombiniert mit der deutlich erkennbaren Verknappung von Öl, Gas und Uran ergibt dies eine Weltenergiekrise, gegen die die Finanzkrise im Nachhinein als Kleinereignis dastehen wird. Das fossile Zeitalter eilt unweigerlich mit Riesenschritten seinem Ende entgegen.

Doch zurück zur Gegenwart: Der „Gasstreit“ mit seinem sechstägigen Lieferstopp hat die Schwächen des Systems mit unfassbarer Deutlichkeit transparent gemacht. Die vollmundigen Ankündigungen einzelner Ressortminister, Europa sei nicht betroffen, wurden bereits nach Stunden widerlegt. Sofort flammte die Diskussion auf, wer als erster auf Gas verzichten müsse: die Bevölkerung oder die Industrie. Gute Ratschläge, wie einen Deckel auf den Kochtopf zu geben, um den Verbrauch zu reduzieren, machten die Sache endgültig obszön. Die Politik schwankte zwischen Wut und Fatalismus, zwischen Drohen (wem eigentlich?) und Betteln.

Mit der Zuspitzung des Konfliktes – so zum dritten Tag des Lieferstopps – dämmerte die Frage, wovor man sich mehr fürchten müsse: vor dem Ausfall der Gaslieferungen oder vor der Hilflosigkeit sowohl der nationalen als auch der europäischen Politik. Zumindest zur Klärung dieser Frage hat dann die Slowakei einen entscheidenden Beitrag geleistet. Im vollen Bewusstsein, den Beitrittsvertrag zu brechen, droht die Slowakei, die Gunst der Stunde ungeniert zu nutzen und den Schrottreaktor Bohunice zu reaktivieren. Damit führt die slowakische Regierung die

Immerhin hat die Rahmengesetzgebung der EU gute Ansätze für eine Energiewende. Sie werden aber in Summe bei Weitem nicht ausreichen, eine solche auch herbeizuführen. Dramatisch schlecht ist es auch um die Hausaufgaben der Mitgliedsländer bestellt. Klassische Beispiele dafür waren die Auftritte des österreichischen Wirtschaftsministers und des Bundeskanzlers beim letzten EU-Gipfel in Brüssel, wo sie an der österreichischen Zielvorgabe von 34 Prozent erneuerbarer Energie bis 2020 herummeckerten, statt deren Erfüllung zu garantieren. Selbstverständlich sollen die beiden eine Lernchance erhalten. Das Mindestgebot, das in den nächsten Wochen zu erfüllen wäre, ist die Beauftragung eines nationalen Energieplanes für die nächsten zwei Jahrzehnte, mit konsequenter Wendung hin zu regenerierbaren und in ausreichender Menge vorhandenen Primärenergieträgern. Dies müsste in einer nationalen Kraftanstrengung münden, mit visionären Kräften, die in der Lage sind, die Energiewende durchzuziehen.

Ewige Verhinderer in den EVUs, Atomkraftschwärmer und fossile Realitätsverweigerer haben dort umso weniger verloren, als Österreich über unschätzbar wertvolles Pionier-Know-how im Bereich der Nutzung von Wasser, Wind, Sonne und Biomasse verfügt, das in der Lage ist, Vollversorgung auf Dauer zu gewährleisten. Sehr schnell würde sich herausstellen, dass ein effizienter Energiewendeplan Arbeitsplätze und Deviseneinsparung, Versorgungssicherheit und Preisstabilität, CO₂-Reduktion und vieles andere mehr bringen wird. Volkswirtschaftlich gesehen handelt es sich um eine gigantische Chance. Wer das trotz des hilfreichen russischen Denkanstoßes noch immer nicht versteht, dem ist wohl nicht zu helfen und ihm soll auch nicht geholfen werden. Der rhetorisch überstrapazierte Satz „Krise als Chance“ muss endlich real genutzt werden. (www.kronberger.net)